



## ENERGIEWENDE JETZT

Projektentwickler/in für Energiegenossenschaften



### EU-Leitlinie für staatliche Beihilfen im Umwelt- und Energiebereich Protestschreiben gegen die geplante EU-Leitlinie

*Die EU-Kommission will feste Einspeisetarife für Ökostrom stark einschränken und dafür ein Ausschreibungsmodell festschreiben. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben einen Protestbrief gegen die „von der Lobby der Energiekonzerne diktierte Leitlinie“ erarbeitet. Bis zum 14. Februar sind Einsprüche möglich.*

Bitte schreiben Sie gleich an folgende Adresse:

[stateaidgreffe@ec.europa.eu](mailto:stateaidgreffe@ec.europa.eu) <<mailto:stateaidgreffe@ec.europa.eu>>

Nennen Sie dabei diesen Betreff: / HT 359 - Consultation on Community Guidelines on State Aid for Environmental Protection"/ Die Schreiben können formlos und individuell formuliert werden, gerne auch mit Hinweis auf das Bürgerengagement für die Energiewende.

Betr: HT 359 - Consultation on Community Guidelines on State Aid for Environmental Protection

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade in Deutschland zeigen die Bürger – als Einzelpersonen oder in einer der mehr als 880 Energiegenossenschaften organisiert – dass die Energiewende hin zu erneuerbaren Ressourcen und einer dezentralen Struktur gewollt und möglich ist. Damit gehen sie absolut konform zu den Zielen, die sich auch die EU gesetzt hat: Klimaschutz und Demokratie. Diese Bewegung zu stoppen, würde dem Grundgedanken der Europäischen Union widersprechen und die Politikverdrossenheit engagierter Bürger gegenüber der EU erheblich verstärken..

Daher lehnen wir die Detailregelungen (RZ 110 bis 137) ab und fordern eine Überarbeitung der Leitlinie dahingehend, dass den Mitgliedstaaten unter Wahrung gewisser Rahmenbedingungen die Freiheit bleibt, selbst geeignete Fördersysteme zu formulieren.

#### **Einspeisetarifsysteme und nationale Regelungen müssen erlaubt bleiben**

Insbesondere fordern wir, dass die bewährten Einspeisetarifsysteme auch weiterhin zulässig bleiben, denn sie garantieren den Bürgern die notwendige Investitionssicherheit. Eine Begrenzung auf die stattdessen vorgesehenen Modelle - Ausschreibung und/oder handelbare grüne Zertifikate - haben bislang in der Praxis nicht funktioniert und begünstigt einseitig große Konzerne, die sich die Bürokratie eines solchen Verfahrens leisten können. Eine solche Vereinheitlichung birgt überdies die Gefahr, dass die einzelnen Mitgliedstaaten keine nationalen Ausbauziele für erneuerbare Energien formulieren und ihre individuellen Möglichkeiten und Bedürfnisse nicht berücksichtigen.

Auch eine, wie in dem Entwurf vorgesehene, Unterscheidung von ausgereiften und nicht ausgereiften Technologien konterkariert die Notwendigkeit, die Energieversorgung als ein auf regionale Gegebenheiten abgestimmtes System zu begreifen. Ob eine Technologie reif und erfolgversprechend ist, kann nicht allein an ihrem Marktanteil bemessen werden. Daher sollte die Unterscheidung in "deployed" und "less deployed technologies" entfallen.



## **ENERGIEWENDE JETZT**

Projektentwickler/in für Energiegenossenschaften



In der 2009 von der EU verabschiedeten Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen wurden ambitionierte, verbindliche Ziele mit den Mitgliedstaaten vereinbart, die dazu nationale Aktionspläne vorlegten. Der nun vorgelegte Entwurf zur Regelung der Umweltbeihilfen steht dazu im Widerspruch, da er den Mitgliedstaaten die Möglichkeit nimmt, diese Ziele weiter in eigener Gestaltung zu verfolgen.

### **Umweltbeihilfen für Kohle und Atom müssen ausgeschlossen werden**

Die Energiegewinnung aus Kohle und Atom ist nicht nur an sich umweltschädlich, sondern sie blockiert auch den Ausbau erneuerbarer Energien, da die Technologien nicht kompatibel sind. Umweltbeihilfen für Kohle und Atom müssen daher explizit ausgeschlossen werden.

Ohnehin besteht diesbezüglich eine große Ungleichbehandlung: Allein 2011 hat es laut Europäischer Kommission Subventionen in Höhe von 66 Mrd. Euro für Kohle- und 35 Mrd. Euro für Atomkraft gegeben (Gesundheits-, Forschungs-, Umweltfolge- und Rückbaukosten nicht berücksichtigt), jedoch nur 30 Mrd. Euro für die für die Umwelt verträglicheren und für die Wirtschaft rentableren erneuerbaren Energien.

### **Wir Bürger wollen die Energiewende - Jetzt!**

Die Energiewende in Deutschland ist ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Erfolgsprojekt. Dies ist auch das Verdienst der Bürgerenergie als ein wichtiger Treiber der Energiewende. Fast jede zweite Kilowattstunde Ökostrom kommt aus Anlagen, die Bürgern gehören. Sie haben Kraft und Geld in die Energiewende investiert. Nur so konnte der Anteil der erneuerbaren Energien schnell auf etwa 25 Prozent am nationalen Stromverbrauch gesteigert werden. Wo Bürger involviert sind, ist überdies eine hohe Akzeptanz für zunächst umstrittene Projekte - etwa für Windräder - gegeben.

Wir fordern Sie daher auf: Beugen Sie sich nicht dem Druck einiger einflussreicher Lobbyisten, sondern helfen Sie uns Bürgern, das Weitsichtprojekt Energiewende voran zu treiben.

Mit freundlichen Grüßen